



GESCHÄFTSBERICHT

2019



**Genossenschaftsbank
Unterallgäu eG**

Kurzfassung* Bilanz und GuV

Bilanz Aktiva

	T€ 2019	T€ 2018
1. Forderungen an Kunden	679.065	629.137
2. Forderungen an Kreditinstitute sowie eigene Wertpapiere	430.883	411.342
3. Beteiligungen	10.410	10.327
4. Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.684	8.293
5. Sonstiges (Kassenbestand, Guthaben bei der Zentralnotenbank, Rechnungsabgrenzungsposten, durchlaufende Kredite usw.)	7.585	7.999
Bilanzsumme	1.136.627	1.067.098
Betreutes Kundenkreditvolumen	778.744	723.448

Bilanz Passiva

	T€ 2019	T€ 2018
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	113.039	107.016
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) täglich fällig	555.799	512.233
b) Termineinlagen	61.456	65.499
c) Spareinlagen	291.618	275.723
3. Sonstiges (Durchlaufende Kredite, Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten usw.)	9.882	9.269
4. Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	56.500	49.500
5. Eigenkapital		
a) Geschäftsguthaben	6.452	6.481
b) Rücklagen	41.449	40.703
c) Bilanzgewinn	432	674
Bilanzsumme	1.136.627	1.067.098
Betreutes Kundenanlagevolumen	1.435.977	1.322.496

Gewinn- und Verlust-Rechnung

	T€ 2019	T€ 2018
Zinsüberschuss (inkl. laufende Erträge)	16.975	17.004
Provisionsüberschuss	6.189	5.819
Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwendungen	-9.645	-9.615
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-4.578	-3.998
Bewertungsergebnis	1.640	-2.608
Ertragsteuern	-2.409	-2.127
Bilanzgewinn	432	674

* Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um eine Kurzfassung. Der vollständige Jahresabschluss inkl. Lagebericht wurde vom Genossenschaftsverband Bayern e.V., München, geprüft und trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Die Unterlagen zur Offenlegung wurden beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht.

Bericht des Vorstandes

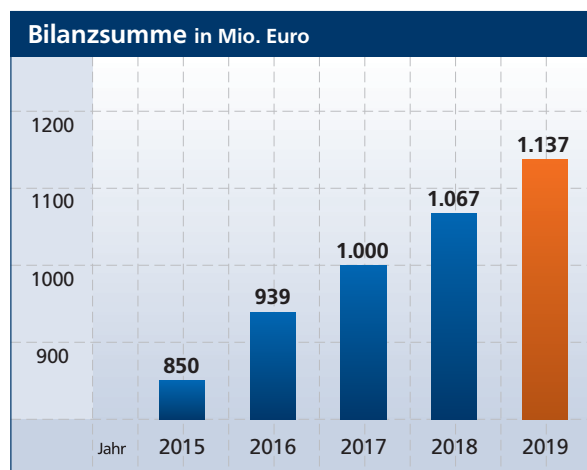
über das Geschäftsjahr 2019

Auch im letzten Jahr profitierten wir vom Vertrauen unserer Kunden. Das Geschäftsjahr 2019 ist für die Genossenschaftsbank Unterallgäu eG insgesamt zufriedenstellend verlaufen. Im Vergleich zu unseren Mitbewerbern am Markt konnten wir uns gut behaupten.

Nachfolgend die Entwicklung von ausgewählten Bilanzpositionen (Kurzfassung):

I. Bilanzsumme

Zum 31.12.2019 betrug die Bilanzsumme 1.136,6 Mio. € (2018: 1.067,1 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 6,5%. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind im gleichen Zeitraum um rund 4,9% gewachsen.



II. Liquidität

Die Zahlungsbereitschaft unserer Bank war während des gesamten Berichtszeitraumes jederzeit gegeben. Die kurzfristig realisierbaren Mittel setzten sich zum 31.12.2019 wie folgt zusammen:

Barreserve	6,5 Mio. €
Bankguthaben	44,9 Mio. €
Anleihen und Schuldverschreibungen	348,4 Mio. €

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität haben wir stets eingehalten. Zudem bestehen umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten durch unsere Zugehörigkeit zur Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

III. Wertpapiere

Zum Jahresende belief sich der Gesamtbestand der bankeigenen Wertpapiere auf 386,0 Mio. € (2018: 378,7 Mio. €). Der gesamte Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

IV. Kreditgeschäft

Das Kundenkreditgeschäft verlief wieder sehr erfreulich. Die Forderungen an Kunden betrugen zum 31.12.2019 insgesamt 679,1 Mio. € (2018: 629,1 Mio. €). Dies entspricht einem Zuwachs von 7,9%. Damit wurde unsere Bank ihrer Aufgabe, die Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft und Bevölkerung zu sichern, gerecht.

Dabei erhöhten sich die langfristigen Kredite im Verlauf des Jahres 2019 um 49,8 Mio. € (12,9%) auf 437,1 Mio. €. Die mittelfristigen Kredite stiegen ebenfalls um 4,1 Mio. € (2,4%) auf 174,5 Mio. €. Bei den kurzfristigen Forderungen ist ein Rückgang um 3,9 Mio. € (-5,5%) auf 67,5 Mio. € zu verzeichnen.

Für alle erkennbaren Risiken in den Kreditengagements haben wir entsprechende Risikovorsorge getroffen. Die vorgeschriebenen Höchstkreditgrenzen nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen wurden eingehalten.

V. Sachanlagen

Der Buchwert unseres Sachanlagevermögens erhöhte sich nach den vorgeschriebenen Abschreibungen und Zugängen von 8,3 Mio. € auf 8,7 Mio. €. Hiervon entfallen 7,3 Mio. € auf Grundstücke und Gebäude und 1,4 Mio. € auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

VI. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 113,0 Mio. € (2018: 107,0 Mio. €) setzen sich in erster Linie aus zinsgünstigen, langfristigen Refinanzierungsmitteln für unsere Kunden zusammen. Darüber hinaus wurden im Jahr 2016 gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG II) bei der Deutschen Bundesbank im Volumen von 30 Mio. € aufgenommen.

VII. Einlagengeschäft

Unsere Kundeneinlagen beliefen sich zum 31.12.2019 auf 908,9 Mio. € (2018: 853,5 Mio. €). Damit stiegen die Kundeneinlagen um 6,5 %. Das Wachstum resultiert hälftig aus dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft und ist zu einem wesentlichen Teil erst im 4. Quartal 2019 zugeflossen. Wir werten das überdurchschnittliche Wachstum als Ausdruck des hohen Vertrauens in uns und in unser genossenschaftliches Geschäftsmodell. Hauptwachstumstreiber waren die Einlagen auf Kontokorrentkonten bzw. Tagesgeldern sowie die Spareinlagen.

Ein Teil der von uns betreuten Kundenanlagen ist bei unseren Partnern der Genossenschaftlichen Finanz-Gruppe Volksbanken Raiffeisenbanken in Form von Wertpapieren, Investmentfonds, Versicherungsrückkaufwerten und Bausparguthaben angelegt. Inklusiv dieser, nicht in unserer Bilanz ausgewiesenen Anlageformen, betreuen wir damit ein Kundenanlagevolumen von insgesamt 1.436 Mio. €, ein Anstieg um rund 113,5 Mio. € oder 8,6 %.

VIII. Sicherheit

Das Vertrauen unserer Kunden in die Sicherheit ihrer Einlagen ist ein hohes Gut. Durch die amtlich anerkannte BVR Institutssicherung GmbH und die zusätzliche freiwillige Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. sind die Kundengelder vollständig geschützt.

IX. Mitglieder

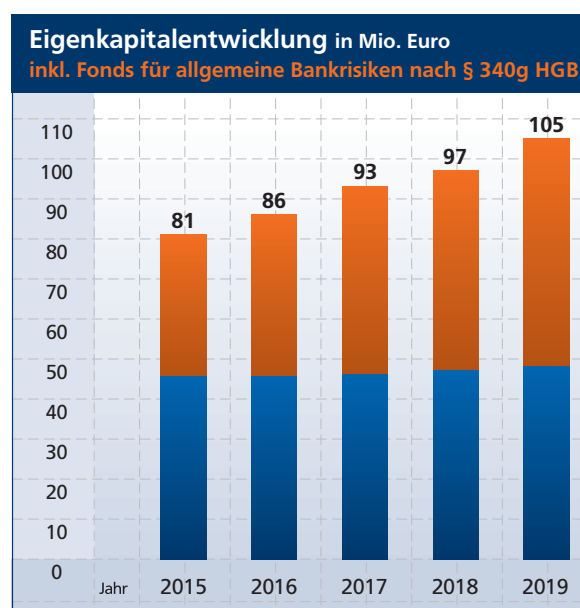
Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Geschäftsjahr von 19.363 auf 19.407 erhöht. Insgesamt waren unsere Mitglieder mit 125.523 Geschäftsanteilen beteiligt (2018: 126.165). Durch unsere intensiven Anstrengungen konnten wir den Trend der letzten Jahre (Stichwort: demographischer Wandel) unterbrechen und wiederholt wachsen.

Für das Vertrauen zu unserer Bank bedanken wir uns sehr herzlich bei allen Mitgliedern und Kunden!

X. Eigenkapital

Im Jahr 2019 konnte der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um weitere 7,0 Mio. € auf 56,5 Mio. € erhöht werden. Das bilanzielle Eigenkapital inkl. Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB beträgt nach Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die geplante Gewinnverwendung 104,5 Mio. € (2018: 97,1 Mio. €).

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.



XI. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 reduzierte sich der Zinsüberschuss (inkl. laufende Erträge) gegenüber dem Vorjahr um nur 28 T€ auf 17,0 Mio. €. Der für 2019 erwartete Rückgang des Zinsüberschusses konnte durch das Wachstum in den Beständen fast kompensiert werden.

Den Provisionserträgen in Höhe von 7,6 Mio. € stehen 1,4 Mio. € Provisionsaufwendungen gegenüber. Der Provisionsüberschuss ist dadurch auf 6,2 Mio. € angestiegen. Die Personalaufwendungen liegen mit 9,6 Mio. € leicht über dem Vorjahr. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 580 T€ und liegen bei 4,6 Mio. €.

Das positive Bewertungsergebnis in Höhe von 1,6 Mio. € ist maßgeblich auf die positive Kursentwicklung bei den bankeigenen Wertpapieren zurückzuführen. Die problembehafteten Kreditengagements entwickelten sich ebenfalls positiv.

Die Ertragsteuerbelastung mit 2,4 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio), die als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen inkl. Abschreibungen zum Zins- und Provisionsüberschuss ermittelt wird, hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 62,6 % auf 64,6 % verschlechtert.

XII. Mitarbeiter

Auch im Geschäftsjahr 2019 konnten unsere Mitglieder und Kunden wieder auf unsere kompetente, ihren Bedürfnissen entsprechende Beratung vor Ort setzen. Die Basis dafür sind unsere insgesamt 171 Mitarbeiter (2018: 169) – davon 15 Auszubildende.

XIII. Gewinnverwendung

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2019 weisen wir in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresüberschuss von 631.620,69 € aus, davon werden vorab jeweils 100.000,00 € der gesetzlichen Rücklage sowie

den anderen Ergebnisrücklagen zugeführt. Somit ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 431.620,69 €. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sieht angesichts der Corona-Virus-Pandemie und der daraus entstehenden Gefahr einer Rezession die Notwendigkeit, dass die Banken bis mindestens Oktober 2020 keine Dividenden ausschütten. Aufgrund dieser Forderung der Bankenaufsicht schlägt der Vorstand in Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat der Vertreterversammlung folgende Gewinnverwendung vor:

Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage	100.000,00 €
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	331.620,69 €

Die Beschlussfassung über die Gewinnverwendung findet in der Vertreterversammlung voraussichtlich am 18. Juni 2020 statt.

XIV. Vermögenslage

Die Vermögenslage ist geordnet. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bewertet. Die Wertberichtigungen und Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken.

XV. Schlusswort

Wir danken unseren Mitgliedern, Kunden, Mitarbeitern und den Partnern innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken für ihr Vertrauen und die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Geschäftsjahr.

Darüber hinaus danken wir dem Aufsichtsrat für die jederzeit vertrauens- und verantwortungsvolle Zusammenarbeit.

Der Vorstand

Manfred Rockenfeller

Anton Jall

Wirtschaftspolitik 2019 im Rückblick



1. Januar – Zum Jahreswechsel wird in Deutschland der staatlich festgelegte Mindestlohn um 35 Cent auf 9,19 Euro je Arbeitsstunde erhöht.

26. Januar – Die von der Bundesregierung berufene sogenannte Kohlekommission legt ihren Abschlussbericht vor. Demnach soll die deutsche Wirtschaft bis spätestens 2038 aus der Energiegewinnung mit Steinkohle aussteigen. Zur Kompensation sollen die betroffenen Regionen für den Strukturwandel Hilfen im Umfang von 40 Milliarden Euro erhalten.

1. Februar – Ein im Juli 2018 zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und Japan vereinbarte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen tritt in Kraft. Es umfasst eine weitreichende Abschaffung von Zöllen und regulatorischen Handelshemmnissen.

2. März – Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter erzielen einen neuen Tarifabschluss für die rund 800.000 Angestellten im öffentlichen Dienst der Bundesländer. Während der 33-monatigen Laufzeit der Vereinbarung werden die Gehälter in mehreren Stufen merklich angehoben, insgesamt um rund 8 Prozent.

7. März – Im Zuge der schwächeren Konjunkturentwicklung und der abnehmenden Inflationsrisiken beschließt der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB)

den Geschäftsbanken des Euroraums eine neue Serie langfristiger Kredite über den Zeitraum von September 2019 bis März 2021 zur Verfügung zu stellen.

29. März – In London sprechen sich die Abgeordneten des Unterhauses auch in einer dritten Abstimmung mehrheitlich gegen das von der britischen Regierung im November 2018 mit der EU ausgehandelte Abkommen aus, das den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit) regeln soll.

11. April – Auf einem Sondergipfeltreffen einigen sich die britische Premierministerin Theresa May und die anderen EU-Staats- und Regierungschefs darauf, den Brexit bis spätestens zum 31. Oktober zu verschieben.



5. Mai – US-Präsident Donald Trump gibt bekannt, die Strafzölle auf den Import chinesischer Waren im Wert von 200 Milliarden US-Dollar ab 10. Mai von 10 auf 25 Prozent zu erhöhen. Er begründet diese Maßnahme mit den Handelsgesprächen zwischen den USA und China, die seiner Ansicht nach zu langsam vorankämen.

1. Juni – Als Antwort auf die letzten Zollerhebungen der USA führt die chinesische Regierung neue Sonderzölle für US-Importwaren im Wert von 60 Milliarden US-Dollar ein.

27. Juni – Der Deutsche Bundestag beschließt in erster Lesung mehrheitlich ein Gesetzespaket zur Reform der Grundsteuer. Das Reformpaket, dem sich später auch der Bundesrat anschließen wird, sieht vor, dass künftig die Grundsteuer anhand von Bodenwert und pauschalen Mieteinkünften festgelegt wird. Allerdings werden auf Bundesländerebene abweichende Regelungen ermöglicht.

28. Juni – Nach dem Bundestag billigt der Bundesrat ein umfangreiches Gesetzespaket der Bundesregierung zur Migration, das unter anderem die Zuwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten erleichtern soll.

1. Juli – Im Zuge der allgemein günstigen Lohnentwicklung werden die Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung abermals spürbar angehoben. Die Renten steigen in Westdeutschland um 3,2 Prozent und in Ostdeutschland um 3,9 Prozent.

21. August – Das Bundeskabinett einigt sich darauf, den zur Finanzierung der Kosten der Wiedervereinigung eingeführten Solidaritätszuschlag ab 2021 für 90 Prozent der Steuerzahler abzuschaffen.

12. September – Die EZB nimmt umfangreiche weitere geldpolitische Lockerungen vor. Unter anderem wird der Einlagezinssatz für Banken von –0,4 Prozent auf –0,5 Prozent gesenkt und das Ende 2018 ausgelaufene Anleihekaufprogramm mit Wirkung zum November wieder gestartet.

20. September – Von der Bundesregierung wird ein Maßnahmenpaket zum Klimaschutz beschlossen. Das Paket umfasst neben neuen Förderprogrammen und Verboten als zentrale Maßnahme die Bepreisung von CO₂ ab 2021 durch die Einführung eines nationalen Zertifikatehandels für Anbieter fossiler Energieträger.

3. Oktober – Die US-Regierung kündigt in Reaktion auf umstrittene Flugzeug-Subventionen die Verhängung von neuen Zöllen auf den Import von Flugzeugen sowie anderen Industrie- und Agrarprodukten aus der EU im Wert von bis zu 7,5 Milliarden US-Dollar an, die Mitte Oktober wirksam werden.

19. Oktober – Eine neue Londoner Regierung unter Führung von Boris Johnson beantragt bei der EU eine abermalige Verschiebung des Austrittstermins, die später bis zum 31. Januar 2020 gewährt wird.

6. November – In ihrem Jahresgutachten gehen die sogenannten Wirtschaftsweisen davon aus, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 2020 um 0,9 Prozent steigen wird und damit ähnlich schwach wie 2019 ausfällt.



11. Dezember – Mit ihrem sogenannten „Green Deal“ legt die neue EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen die Grundzüge für eine Klimaschutzstrategie vor, mit dem Ziel, die Klimaneutralität in der EU bis 2050 zu erreichen.

20. Dezember – Nach Neuwahlen stimmt das britische Unterhaus einem modifizierten Brexit-Abkommen zu. Der Austritt wird schließlich Ende Januar 2020 vollzogen. Das Abkommen sieht eine Übergangsfrist bis Ende 2020 vor, in der sich an den wirtschaftlichen Beziehungen zur EU praktisch kaum etwas verändert.

Unsere Geschäftsstellen

Hauptstelle Mindelheim

Krumbacher Straße 11
87719 Mindelheim
Telefon: 08261 7659-0
Telefax: 08261 7659-190
E-Mail: info@genosbank.de
Internet: www.genosbank-unterallgaeu.de



Niederlassung Bad Wörishofen

Hauptstraße 10
86825 Bad Wörishofen
Telefon: 08247 3505-0

Niederlassung Ottobeuren

Marktplatz 2
87724 Ottobeuren
Telefon: 08332 9203-0

Niederlassung Dirlewang

Saulengrainer Straße 8
87742 Dirlewang
Telefon: 08267 9699-0

Niederlassung Kirchheim

Raiffeisenstraße 8
87757 Kirchheim
Telefon: 08266 8603-0

Niederlassung Markt Rettenbach

Marktplatz 3
87733 Markt Rettenbach
Telefon: 08392 9349-0

Geschäftsstelle Markt Wald

Schnerzhofer Straße 3
86865 Markt Wald
Telefon: 08262 9680090

Geschäftsstelle Sontheim

Hauptstraße 15
87776 Sontheim
Telefon: 08336 80893

Geschäftsstelle Ettringen

Hauptstraße 9
86833 Ettringen
Telefon: 08249 9699-0

Geschäftsstelle Hawangen

Bahnhofstraße 11
87749 Hawangen
Telefon: 08332 9366780



**Genossenschaftsbank
Unterallgäu eG**